

Stand vom 05.03.2004

Prozess um radargeschädigte Soldaten

Strahlenopfer klagen auf Schadensersatz

In Bonn hat am Freitag (05.03.04) der Prozess zur Entschädigung ehemaliger Bundeswehrsoldaten begonnen. Sie fordern vom Verteidigungsministerium Schmerzensgeld. Die Kläger führen ihre Krebserkrankungen auf hoch-strahlende Radargeräte zurück, an denen sie in den 60er und 70er Jahren arbeiteten.



Die Kläger gegen die Bundeswehr

Die ehemaligen Berufssoldaten sind die ersten, die einen derartigen Prozess gegen das Verteidigungsministerium führen. Die fünf Kläger, darunter eine Soldatenwitwe, fordern eine Schmerzensgeldzahlung in Höhe von jeweils mindestens 60.000 Euro. Sie alle hatten an Radargeräten gearbeitet und erkrankten an Krebs. Einer von ihnen ist inzwischen verstorben. Die Anwälte der Kläger vertreten nach eigenen Angaben Hunderte von Mandanten, die an Krebs erkrankt oder schon gestorben sind. Darunter auch 190 NVA-Soldaten, die in der früheren DDR in der Nationalen Volksarmee gearbeitet hatten.

Der erste Verhandlungstag

Die Kläger haben schwere Vorwürfe gegen das Verteidigungsministerium erhoben. Allgemeine Schutzvorschriften seien "systematisch" missachtet worden und die Bundeswehr habe "vorsätzlich" den Tod oder die Körperverletzungen ihrer Soldaten in Kauf genommen, sagte die Klägerseite vor dem Landgericht Bonn. Die Vertreterin des Verteidigungsministeriums wies die Vorwürfe zurück.

Der Richter machte deutlich, dass der Bundeswehr ein vorsätzliches Handeln nachgewiesen werden müsse, damit eine Schmerzensgeldzahlung in Betracht komme. Angesichts der zu erwartenden Flut von Klagen regte der Richter die Einrichtung einer Stiftung an, ähnlich wie bei den NS-Zwangsarbeitern. Aus dem Fonds der Stiftung könnten die Opfer dann entschädigt werden. Da das Gericht am Freitag (05.03.04) zu keiner Entscheidung kam, wurde für den 30. April ein zweiter Verhandlungstag angesetzt. Dann wird sich auch entscheiden, ob an diesem Tag ein Urteil gefällt wird oder das Gericht in die Beweisaufnahme eintritt.

Krebskranke Soldaten durch Radar-Strahlen

Tausende Soldaten waren bis Anfang der 90er Jahre als Radarpersonal bei der Bundeswehr verstrahlt worden. Denn Radarstrahlen, das beweisen Studien, enthalten gesundheitsschädigende Röntgen- und elektromagnetische Hochfrequenz-Strahlungen. Auch die Drehknöpfe und Skalen in den abgedunkelten Radarstellungen waren seit Anfang der 60er Jahre mit radioaktiver, radiumhaltiger Leuchtfarbe beschichtet. Erst Anfang der 90er Jahre sind diese gefährlichen Substanzen entfernt worden. Betroffen waren vor allem Soldaten und Zivilangestellte, die an Radaranlagen in mobilen Flugabwehrstellungen, an Raketenleitstellungen, am Starfighter sowie auf Schiffen der Bundesmarine tätig waren.



Gesundheitsrisiko Radar-Gerät